

Internationale Nachrichten

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **183 (2017)**

Heft 5

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Deutschland

Wohin mit dem Geld?

Deutschland spendiert seinem Militär mehr Geld. Ganz auf NATO-Linie soll die Bundeswehr ab 2018 bis spätestens 2024 einen Betrag in der Höhe von mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandproduktes für sich beanspruchen. Das wären dann 60 Mia. Euro und damit knapp doppelt so viel wie 2017. Spontan erntet damit Bundeskanzlerin Merkel von den USA grosses Lob. Denn die Deutschen sollen sich als Vorbild in Europa und dort auch innerhalb der NATO verhalten, heisst es aus Washington. Diesseits des Atlantiks wird Merkel jedoch «Wahlkampfgeklimper» vorgeworfen, denn der Vorsitzende des deutschen Verteidigungsausschusses Wolfgang Hellmich bezeichnet die Forderung nach soviel Geld «schlichtweg als illusionär» und macht klar, dass diese hohe Zahl alleine auf das grosse BIP zurückzuführen sei.



Unterstützung des Zivilschutzes – notwendig, aber nicht NATO-relevant.

Bereits nächstes Jahr sollen nun 1,4 Mia. Euro mehr in der Kasse der Verteidigungsministerin sein. Allein, sie weiss derzeit noch gar nicht wohin mit dem Geld. Denn grössere Rüstungsprojekte werden nicht mehr in dieser Legislatur entschieden. Und in Deutschland stehen erst Ende September die Bundestagswahlen an. Zwar könnte mehr Munition (auch Deutschland hat für einen Kriegsfall zu wenig) oder Ausrüstung «ab Stange» beschafft

werden. Grössere Projekte dauern aber meistens beinahe Jahrzehnte – für die nächsten 15 Jahre sind deshalb ca. 130 Mia. Euro für Marinekampfschiffe, Drohnen, etc. verplant. Dass jetzt zudem die deutsche Luftwaffe 13 Stück A-400M erhält, die sie eigentlich nicht bestellt hat – ursprünglich war geplant, diese direkt weiterzuverkaufen, was mangels Interessenten nun verworfen wurde – hilft in der Sache auch nicht weiter. Um die Maschi-

nen «zu parken», muss eine ganze Airbase wiedereröffnet, respektive umgenutzt werden (der Stationierungsentscheid steht noch aus). Zudem soll der Bestand beim «Bund» auf 200000 Soldaten angehoben werden, ein Plus von mehr als 20000. Lange überfällig wären auch Vollausrüstung, die Erneuerung der Kasernen und arbeitsrechtliche Vorsorgemassnahmen. Dass damit aber der Kampfwert nicht erhöht wird, ist klar. Letztendlich gibt aber auch die NATO klare Kriterien vor, wie die 2%-Hürde zu nehmen ist: Reparationszahlungen, Entwicklungsförderung und Zivilschutz sind kein Bestandteil davon und mindestens 20% des Verteidigungshaushalts müssen direkt für Ausrüstung und Material (jeglicher Sorte) aufgewendet werden. Aber auch hier liegt Deutschland weit von der Vorgabe entfernt: gemäss dem aktuellen NATO-Jahresbericht sind es lediglich 12,2%.

Iran

Karrar Kampfpanzer vorgestellt

Brigadegeneral Hossein Dehqan, seines Zeichens iranischer Verteidigungsminister, zeigt sich stolz. Mitte März präsentierte er seine neueste, lange Zeit von internationalen Beobachtern als nicht ganz ernstgenommener Versuch bewertete Eigenproduktion. Der neue Kampfpanzer KARRAR ist demzufolge, so Dehqan, erstens zu hundert Prozent im Iran entwickelt und hergestellt, sowie zweitens einer der fortschrittlichsten Panzer der Welt, teilweise sogar dem russischen T-90MS überlegen. Er verfügt über ein elektro-optisches Feuerleitsystem, lasergestützte Zielzuweisung, ballistische Computer und kann auch bei Nacht mobile oder stationäre Ziele



Iranischer KARRAR.

Bild: MEHR News Agency

bekämpfen. Ebenfalls, so der iranische Verteidigungsminister «ist der KARRAR in der Lage, Sandgruben und Dünen zu überqueren, durch Flüsse zu waten und sogar mit Schnorchel zu tauchen und verfügt über ein für den Fahrer sichtbares Navigationssystem.» Auch, dass neuste Funk- und Telekommunikationstechnik verbaut sind und

der Panzer gegen elektronische Kriegsführung geschützt ist, sei, nebst der 125 mm Glattrohrkanone und dem 12,7mm Maschinengewehr ein grosser Vorteil. Deshalb, so schliesst Dehqan, soll die Massenproduktion des KARRAR auch demnächst beginnen.

Experten gehen aber von einer Attrappe aus, die in-

folge der grossen Ähnlichkeit zu seinem russischen Pendant aus rein verhandlungstechnischen Überlegungen präsentiert wurde. Iran erhoffe sich damit einen günstigeren Preis von Russland für «richtige» T-90. Unterlegt wird diese These mit einem vom iranischen Verteidigungsministerium veröffentlichten Werbefilm, in welchem ein schießender KARRAR sein Ziel klar verfehlt, das Panzerinnere eher an einen T-72 als einen modernen Panzer erinnert. Sogar das Selbstladesystem in der Nahaufnahme wurde nicht innerhalb eines Panzers gefilmt, so steht der Ladeschütze sichtbar im Bildhintergrund. Selbst bei der Panzerung kann angezweifelt werden, ob sich tatsächlich High-Tech dahinter verbirgt.

Türkei

Steht eine Neuausrichtung bevor?

Das Nordatlantikbündnis zeigt sich besorgt. Über 160 in den grossen NATO-Stäben (HQ in Brüssel, Joint Force Command in Brunsum und Neapel, etc.) dienstleistende Offiziere wurden in die Heimat zurückbeordert. Teilweise ersuchten sie sogar um Asyl in den entsprechenden Ländern. Ersatz gab es in Form von unerfahrenen, teils nicht einmal der englischen Sprache mächtigen Parteisoldaten. Und infolge der «Säuberungsaktionen» nach dem letztjährigen Putsch in Ankara und Istanbul zweifelt nun auch der NATO-Generalsekretär an der Führungsfähigkeit sowie der Bereitschaft der türkischen Armee und sieht entsprechend auch die Handlungsfähigkeit der NATO in Gefahr. Teils grosse Verluste und unkoordiniertes Handeln in der mittlerweile offiziell beendeten Syrien-Operation «Euphrates Shield» führten zu diesen Aussagen. Wenn nun gleichzeitig Erdogan seine Raketen-Flugabwehr mit einem russischen System erneuern will, scheint ein längerfristiger Interessenkonflikt vorprogrammiert. Die Wahl fiel auf S-400, wovon zwei Batterien angeschafft werden sollen. Gespräche zwi-

schen Moskau und Ankara laufen seit November 2016. Russland war nie ein grosser Waffenlieferant für die Türkei. Nebst einigen Transporthelikoptern und Schützenpanzern wurde zuletzt im Jahr 2008 in 80 KORNET Panzerabwehrenk Waffen investiert. Als im Jahr 2013 eine Ausschreibung über vier Mia. USD für eine umfassende Boden-Luft-Abwehr lanciert wurde, war Russland zwar Mitbietender, der Auftrag ging letztlich an die Chinesen, welche ihre Fang Dung (FD-2000), dem PATRIOT ähnliche Abwehr raketen, für 600 Mio. USD günstiger offerierten. Die fehlende Kompatibilität mit NATO-Systemen hätte mittels Know-how-Transfer ausgeglichen werden sollen. Aus politischen Gründen wurde dieser Auftrag später gestrichen. Angeblich auf Druck der USA, denn der Chinesische Anbieter CPMIEC (China Precision Machinery Import-Export Corporation) verkauft seine Raketentechnik auch an die von Sanktionen belegten Länder Iran und Nordkorea. Nun zeigt sich Sergei Chemezov, ROSTEC CEO und Verantwortlicher für die S-400-Produktion zuversichtlich. Die Türkei soll so bald als möglich das erste NATO-Land mit seinen Raketen werden.



Welche Richtung wird eingeschlagen?

Bild: veteranstoday.com

Venezuela

Militärputsch gegen Maduro

Fake news. Kreise, welche den Präsidenten Maduro unterstützen, werfen der Opposition vor, einen Militärputsch zu organisieren. Das Militär ist fest in der Hand des Staats-



Staatspräsident Nicolás Maduro.

Bild: Venezoelanisches Aussenministerium

chefs. Aber die Lage ist tatsächlich verworren.

Die Fakten: Der Oberste Gerichtshof in Caracas hatte im August 2016 entschieden, dass die oppositionelle Mehrheit im Parlament gegen geltendes Recht verstosse, weil sie drei Abgeordnete, deren Mandat wegen mutmasslichen Wahlbetrugs ausgesetzt worden war, vereidigt hatte. Am Mittwoch, dem 29. März 2017, beschloss der Gerichtshof dann, der Nationalversammlung ihre Kompetenzen zu entziehen und auf sich selbst zu übertragen. Ausserdem hob das Gericht die Immunität der Abgeordneten auf.

Die Opposition hatte Maduro zuvor einen «Staatsstreich» vorgeworfen. Auch die USA, die EU, Deutschland, Spanien sowie die Union südamerikanischer Staaten (Unasur) und die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) beklagten eine Abkehr von der verfassungsmässigen Ordnung in Venezuela. Pro-Maduro-Kreise nützten die Empörung, um die Opposition zu bezichtigen, einen Militärputsch organisieren zu wollen. Das ist aber klare Propaganda.

Das Land fest im Griff

Überhaupt mag man sich fragen: Zu wenig Lebensmittel, Medikamente und Brot; eine dramatische Geldentwertung, hohe Mordquoten; wie ist es möglich, dass Präsident Nicolás Maduro in Venezuela das Land trotzdem fest in seinem Griff hat? Vier Faktoren stützen ihn:

Internationale Uneinigkeit: Innerhalb der 35 Mitgliedsstaaten der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) gibt es keine einheitliche Linie. Länder wie Kuba, Bolivien und Ecuador halten weiter zu Maduro. Bis vor kurzem taten es Brasilien und

Argentinien auch. Und im Inneren nutzt Maduro ausländische Attacken als Beleg für seine These vom Wirtschaftskrieg, der verantwortlich sei für die Misere.

Militär: Nach Schätzungen gibt es bis zu 150 000 Soldaten; in rund 18 Jahren sozialistischer Regierung wurden die Führungspositionen mit Getreuen besetzt – und es wird auf eine gute Versorgung der Soldaten geachtet.

Zersplitterte Opposition: Die Parlamentswahl 2015 gewann das Bündnis «Mesa de la Unidad Democrática» (MUD) klar. Im MUD sind unter anderem konservative, liberale und indigene Parteien vereinigt. Doch es gibt keine klare Führungsfigur: Die einen sind für einen Dialog mit Maduro, andere wollen den Protest auf die Strasse tragen.

Justiz: Der Oberste Gerichtshof (Tribunal Supremo de Justicia/TSJ) hat seit der Wahl 2015 nicht eine Entscheidung gegen die Regierung getroffen, aber viele Parlamentsentscheidungen annulliert. Ebenso hat er die Einsprüche gegen die Regierung mit Notstandsdekreten abgewiesen.

USA / Nordkorea

USA wollen Bedrohung durch Nordkorea nicht länger dulden

Die US-Regierung will eine wachsende Bedrohung durch Nordkoreas Atom- und Raketenprogramm nicht länger dulden und droht mit militärischen Massnahmen. «Die Politik der strategischen Geduld ist zu Ende», sagte US-Aussenminister Rex Tillerson. Zwar hätten die USA kein Interesse an einem militärischen Konflikt, es lägen aber alle Optionen auf dem Tisch. US-Präsident Donald Trump kritisierte derweil China dafür, nicht energisch genug gegen die Bedrohung aus Nordkorea vorzugehen.

Tillerson kritisierte indirekt die Nordkorea-Strategie der

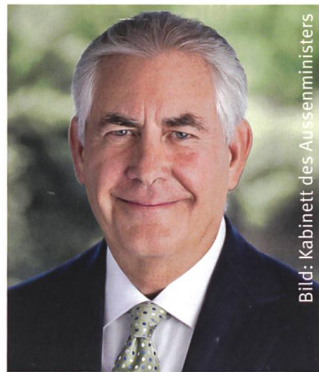


Bild: Kabinett des Aussenministers

US-Aussenminister Rex Tillerson.

vorherigen US-Regierung unter Barack Obama. Die neue Regierung unter Trump prüfe «eine neue Bandbreite diplomatischer, Sicherheits- und wirtschaftlicher Massnahmen», sagte Tillerson. Zwar hätten die USA kein Interesse an einem militärischen Konflikt, wenn die Bedrohung durch Nord-

korea aber ein Niveau erreiche, das unserer Überzeugung nach Handeln erfordert, «dann ist diese Option auf dem Tisch», sagte der Aussenminister. Zur Erinnerung: Die USA haben 28 000 Soldaten in Südkorea stationiert.

Ebenfalls appellierte Tillerson an China. Aus seiner Sicht seien noch nicht alle Massnahmen ausgeschöpft, die die UN-Resolutionen gegen Pjöngjang möglich machten, sagte er. Seiner Meinung nach habe Peking in dem Konflikt «eine sehr wichtige Rolle zu spielen». Per Twitter warf Trump China vor: «China hat wenig getan, um zu helfen!» Der Präsident twitterte, dass Nordkorea sich «sehr schlecht verhält».

Zwar fordert auch Peking von Pjöngjang ein Ende der

Raketentests, allerdings ist die chinesische Regierung erbot darüber, dass die US-Armee vorige Woche mit der Stationierung ihres Raketenabwehrsystems THAAD in Südkorea begonnen hat. China sieht in dem System eine Bedrohung seiner eigenen Sicherheitsinteressen.

Nordkorea fordert die Weltgemeinschaft zunehmend heraus. 2006 hatte das isolierte kommunistische Land seinen ersten Atomtest vorgenommen. Auch im vergangenen Jahr unternahm Nordkorea zwei Atomwaffentests und eine Reihe von Raketentests. Im März 2017 feuerte Nordkorea vor seiner Ostküste vier Raketen ins Meer ab und provozierte damit erneut seine Nachbarländer und die USA.

USA

USA auf Zwei-Prozent-Ziel für NATO

Die USA pochen darauf, dass alle NATO-Staaten bis 2024 mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung ausgeben. US-Aussenminister Rex Tillerson machte bei einem Bündnistreffen in Brüssel erneut deutlich, dass sein Land den Richtwert als verbindliches Ziel ansieht. Bei einem Treffen der Staats- und Regierungschefs Ende Mai solle das aus Sicht der USA festgeschrieben werden. Der deutsche Aussenminister Sigmar Gabriel hatte das Zwei-Prozent-Ziel zuvor als «völlig unrealistisch» bezeichnet.

Der neue US-Aussenminister versicherte nach Angaben von NATO-Diplomaten, dass auch die neue Regierung unter Präsident Trump zur transatlantischen Sicherheitsgemeinschaft und ihren Verpflichtungen stehe werde. Gleichzeitig verlangte Tillerson mehr finan-

zielles Engagement der Verbündeten. Das von ihm so beschriebene «Ungleichgewicht» der Verteidigungsausgaben könne so auf Dauer nicht weiterbestehen. Er verlangte «konkrete Ausgabenpläne», die bis Ende des Jahres vorgelegt werden sollten.

Gabriel relativierte indes das Ziel der NATO-Staaten, zwei Prozent ihrer Wirtschaftsleistung für Verteidigung auszugeben. «Die Beschlüsse der NATO kennen kein apodiktisches Zwei-Prozent-Ziel.»

Beim NATO-Gipfel in Wales 2014 gab es «lediglich den Auftrag, sich in diese Richtung zu entwickeln», sagte Gabriel in Brüssel. Er kenne keinen Politiker in Deutschland, der die Verteidigungsausgaben auf 70 Milliarden Euro pro Jahr steigern wolle. «Das ist völlig unrealistisch.» Deutschland wolle mehr tun, aber müsse auch das Engagement im humanitären Bereich oder bei der Aufnahme von Flüchtlingen sehen.

Russland

Strategischer Einfluss wird konsolidiert

Per 1. Juli werden Russlands Streitkräfte über einen Bestand von mehr als 1,9 Mio. verfügen (1,01 Mio. als militärisches Personal). Obwohl das Verteidigungsbudget 2017 gegenüber dem Vorjahr um ca. 7% zurückging, unterzeichnete Vladimir Putin ein Dekret, das für 19 000 zusätzliche Stellen sorgt. Davon sind mehr als zwei Drittel Soldaten, etwa 5500 Zivilangestellte. Die Aufstockung muss im Zusammenhang mit neuen Operationsfeldern gesehen werden (Informationssphäre, Arktische Expansion und die Kurilen-Expeditionen). Der ehemalige Rüstungschef Russlands, Generaloberst Anatoly Sitnow erklärt deshalb, dass es in einem Ernstfall nicht möglich wäre, schnell die benötigte Truppe zu mobilisieren, deshalb müssen bereits jetzt – im tiefen Frieden – genügend Soldaten, mit der neusten Militärtechno-

logie ausgerüstet und kampfbereit zur Verfügung stehen. Sitnow lobt Putin für seinen Entscheid, endlich wieder mehr Personal anzustellen und ergänzt: «Russland ist nicht die Bahamas, deshalb muss die Armee zu 100% bereit sein, um nötigenfalls in allen strategischen Interessengebieten eingesetzt zu werden». Damit meinen Experten primär die neue Rolle Russlands im Mittleren Osten. Denn nach mehr als einem Jahrzehnt US-Amerikanischer Vorherrschaft bereitet sich der Kreml nun auf einen Staffelwechsel vor. Nebst dem andauernden Syrien-Engagement wurden im März vertiefte Kooperationsgespräche in Pakistan geführt und noch heuer 4 MI-35 Kampfhelikopter nach Islamabad geliefert. Im weiteren geht es auch um den Zugang zu den «warmen Gewässern», ein Begriff der noch aus der Sowjetzeit stammt und wieder an Aktualität gewinnt. Denn die Zusammenarbeit mit Pakistan

führt indirekt zum Anschluss an den «China-Pakistan Economic Corridor», einem 50 Mia. USD Infrastrukturprojekt, welches die Wirtschaftsräume in Pakistan, inklusive neuer Meerhäfen bis 2030 verbindet. Gleichzeitig übernimmt Russland zusehends die Rolle der USA in Afghanistan. Dort primär zusammen mit dem Iran, wiederum Pakistan, teilweise Indien und vor allem China. Letzteres unterhält sogar direkte Verbindungen zu den Taliban, welche auch für Russland als Top-Partner im Kampf gegen den Islamischen Staat gelten. Im Norden übernimmt der stellvertretende Premier Dmitry Rogosin selbst den Vorsitz am Archangelsk Arctic Forum und bringt einmal mehr die Einflusssträger der nordischen Länder unter russische Schirmherrschaft. In diesem Gesamtrahmen muss auch der bevorstehende Beitritt Montenegros zur NATO betrachtet werden. Seitens der USA (welche als

zweitletztes Nordatlantikpakt-Land ihre Zustimmung gaben) wurden immer wieder Vorwürfe laut, der letztjährige versuchte Staatsstreich im Balkanland sei von Moskau inszeniert worden. Wenn es also demnächst als 29. Mitglied in die Allianz aufgenommen wird, sind sämtliche Meeranschlüsse im nördlichen Mittelmeer unter NATO-Kontrolle. Zudem entfällt einer der letzten Puffer zwischen Russland und dem Westen.

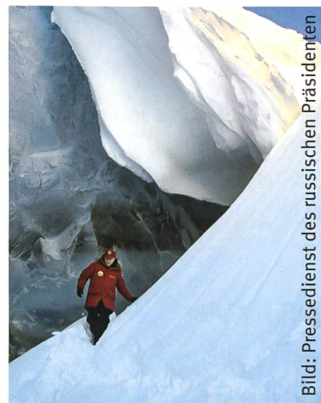


Bild: Pressedienst des russischen Präsidenten

Warm anziehen? Putin auf Alexandraland.

NATO

Massives Weltraum-, Cyber- und Kommunikationsbudget

Drei Billionen Euro. So will die NATO in den nächsten drei Jahren für die Aufrüstung seiner Satelliten und dazugehöriger technischer Infrastruktur ausgeben. Stetig zunehmende Hackerangriffe und das gesteigerte Bedürfnis nach sicherer Kommunikation führen zu dieser Grossinvestition. Es sei offensichtlich, so ein leitender NATO-Beamter, dass sich derzeit eine gänzlich neue Art von Kriegsführung anberaumat. Um dieser Bedrohungsart etwas entgegenzusetzen, plant das Bündnis vorerst für 1,7 Billionen Euro sämtliche Sensoren und Effektoren (Truppen, Schiffe, Drohnen und Führungseinrichtungen) besser miteinander zu ver-

netzen. Danach sollen weitere 800 Mio. Euro für die Feuerleitung der Luft- und Raketenabwehr bereitstehen. Für 72 Mio. Euro werden 32 der wichtigsten Hauptquartiere der NATO vor Cyber-Attacken geschützt und 180 Mio. Euro kommen der gesicherten Kommunikation auf taktischer Stufe zu Gute. Fraglich ist derzeit, ob die nationalen Budgetverantwortlichen diesem Vorhaben zustimmen. Viele der geplanten Posten müssten zuerst durch die Parlamente der Mitgliedsländer. Dass hier nun ein so straffer Zeitplan vorgelegt wird, unterstützt letztendlich aber die Wichtigkeit des Unterfangens. Die NATO geht mittlerweile davon aus, dass sämtliche zukünftigen Konflikte primär von der Cyber-Domäne ausgehend stattfinden werden.

Pazifik

Wettrüsten – eine Realität

Kaum gewählt, vermeldete der US-Präsident Donald Trump: «Lasst uns einen Rüstungswettlauf starten, und wir werden alle anderen übertrumpfen». Doch das Wettrüsten ist – insbesondere im Raum des pazifischen Ozeans – schon lange die Realität. Eine Auswahl:

USA: Mit rund 54 Milliarden Dollar will US-Präsident Donald Trump dem Militär im kommenden Haushaltsjahr die mit Abstand grösste Ausgabensteigerung bewilligen. Das Pentagon wird erst im Laufe des Jahres konkrete Anforderungen beschreiben, die über die Standard-Formulierung «Mehr Raketen, mehr Panzer, mehr Kampfjets, mehr Munition» hinausgehen. Trump spricht mit Blick auf den Rivalen China davon, die Zahl der Kriegsschiffe der Navy von 275 auf 350 zu steigern. Allein die zwei geplanten Flugzeugträger der Gerald-R.-Ford-Klasse schlugen mit 30 Milliarden Dollar zu Buche, sagen Experten.

China: Anfang März erklärte die chinesische Führung, dass ihre Militärausgaben in diesem Jahr nicht mehr ganz so drastisch wachsen würden wie noch in den Jahren zuvor – um «etwa sieben Prozent». Das Gesamtvolumen belief sich zuletzt auf rund 140 Milliarden Dollar. Damit verfügt China über das zweitgrösste Militärbudget weltweit. Das zusätzliche Geld soll vor allem in einen neuen Flugzeugträger, modernere Atomwaffen und einen Raketenschutzschirm fliessen. 2012 stiegen die Verteidigungsausgaben noch zweistellig an. In jenem Jahr hatte US-Präsident Barack Obama angekündigt, seinen aussenpolitischen Schwerpunkt künftig auf Ost-

asien zu legen. Amerika entsandte Flottenverbände ins Südchinesische Meer. Doch hinter den offiziellen Zahlen Pekings steckt nur die halbe Wahrheit: Viele Kosten werden verschleiert. So werden zum Beispiel einige Rüstungsausgaben unter dem Forschungsetat verbucht.

Russland: Die Militärausgaben liegen in diesem Jahr bei etwa 50 Milliarden Dollar. Laut Verteidigungsministerium sind das sechs Prozent weniger als im Vorjahr. Aber die offiziellen Zahlen geben nur beschränkt Auskunft: 18 Prozent des Staatshaushalts unterliegen der Geheimhaltung. Russland ist nach den USA die zweitstärkste Militärmacht: Es hat 3547 Flugzeuge, 15398 Panzer und 352 Kriegsschiffe im Bestand.

Nordkorea: Niemand weiss genau, über wie viele Atombomben der nordkoreanische Diktator Kim Jong-un verfügt. Die einen vermuten ein Dutzend, andere sprechen von mehr als 50. Doch eines steht fest: Nordkorea hat trotz aller Sanktionen sein Atomwaffenprogramm ausgebaut. Allein 2016 führte Pjöngjang zwei unterirdische Atombombentests durch und schoss wahrscheinlich fast zwei Dutzend Raketen ins All. Nach Einschätzung von westlichen Experten dauert es nur noch wenige Jahre – einige meinen sogar Monate – bis das Regime auch die USA mit Nuklearwaffen angreifen könnte.

Südkorea und Japan: Auch diese Länder haben aufgerüstet; Japan sogar die Staatsverfassung geändert. Gemeinsam bringen sie um die zehn Millionen Soldaten auf.

*Pascal Kohler,
Henrique Schneider*